



Leerstand auf dem Rathausplatz: das ehemalige Kammann-Geschäftshaus an der Ecke Alte Straße/Kirchenstraße.

Foto: Klöforn

„Stadt muss Rückgrat zeigen“

Kammann-Nachfolgebau: Kultur- und Heimatkreis warnt CDU-Mehrheitsfraktion vor Alleingang

Von Rainer Klöforn

BREMERVÖRDE. Der Bremervörder Kultur- und Heimatkreis (KuH) unterstützt die Bürger, die den Beteiligungsprozess für den geplanten Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses auf dem Rathausplatz kritisch sehen. „Wir fordern weiterhin eine Wandlung im Entscheidungsprozess ein“, sagte ihr Vorsitzender Manfred Bordiehn in einem Pressegespräch. Die Bürgerproteste und gegenwärtigen Presseberichte zeigten laut dem KuH, dass sich die Zeiten „einsamer“ (Bordiehn) und auf satte Mehrheiten gründende Entscheidungen gewandelt hätten. Gefordert sei vielmehr ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung.

Der KuH habe es sich in den vergangenen Wochen zur Aufgabe gemacht, in den städtebaulichen Planungsprozess Qualitätsmerkmale einzubringen, die als Entscheidungshilfen für die Beteiligten dienen könnten, so Bordiehn. Am Beispiel der Bebauung des Rathausmarktes durch die Rotenburger Planungsgemeinschaft Nord (PGN) für die Bremer Specht-Gruppe auf dem Kammann-Areal habe man den Bürgern eine Diskussions-Plattform geboten sowohl über die geplante Architektur als auch teilweise über die Nutzung.

Bordiehn stellt klar: Die Kritik richte sich nicht gegen den Investor. Dessen Engagement sei selbstverständlich zu begrüßen. „So weit kann sicherlich die Erleichterung der Stadtverwaltung und der Politiker nachvollzogen werden, dass sich etwas Wichtiges in diesem Bereich bewegt“, sagt der KuH-Vorsitzende. Er persönlich vermisse jedoch in diesem Prozess einen wichtigen

Faktor, nämlich die ergebnisoffene Diskussionsbereitschaft sowohl der CDU-Mehrheit als auch des Investors und der PGN. „Fürchtet man sich vor der Klugheit und Meinung der Bevölkerung und Experten?“, fragt Bordiehn.

Statt die Bevölkerung mitzunehmen und ihre Bedenken ernst zu nehmen, beschränken die politisch Verantwortlichen den kurzen Weg des Verfahrens statt der erweiterten Bürgerbeteiligung. In der Stellungnahme des KuH heißt es: „Die jüngste Presseveröffentlichung der CDU-Fraktion zeigt deutlich, dass man das Verfahren durchstemmen möchte, da die Segnung des Geldes ein offensichtlich unwiderlegbares Argument zu sein scheint. Die Aussage, es könne noch viel geändert werden, ist angesichts des bisherigen Verhaltens der CDU eher fragwürdig. Dabei sind noch viele wichtige Einzelheiten, die in der gegenwärtigen Vorlage des Bebauungsplanes in keiner Weise

» Fürchtet man sich vor der Klugheit und Meinung der Bevölkerung und Experten? «



Manfred Bordiehn, Vorsitzender des Kultur- und Heimatkreises Bremervörde

beantwortet sind, zu klären.“

Die gegenwärtige Vorlage lässt nach Ansicht des Vereins nahezu beliebige Bebauungen zu, nur beschränkt durch wenige „Äußerlichkeiten“ wie die Farbe der Mauersteine, die Höhe oder das Verhältnis von Verglasung und Mauerwerk. Bordiehn: „Damit lässt sich eine Pyramide genauso errichten wie ein wild gestuftes Gebäude oder Flachbau mit einigen Ecktürmen. Diese scheinbar absurde Aufzählung zeigt, wie beliebig die gegenwärtige Vorlage des Bebauungsplanes ist. Dass diese Vorlage von der PGN erstellt wurde, ist nicht unüblich, entbehrt aber nicht eines gewissen ‚Geschmackes‘ nach dem Pippi-Langstrumpf-Motto: ‚Ich mach‘ mir die Welt, wie sie mir gefällt.“

Der KuH weist daraufhin hin,

dass Stadt und Politik das Verfahren bestimmten. Ebenso wie beim Familia-Markt könnten sie auch in diesem Fall auf die Gestaltung Einfluss nehmen. Dazu bedürfe es jedoch eines entsprechenden Wollens und auch Rückgrates gegenüber PGN und Investor.

Bordiehn: „In diesem Sinne stehen die Entscheider in der langfristigen, über Wahlperioden hinweg bestehenden Verantwortung, wie sie ihr Stadtbild gestalten wollen. Alle, die in Bremerförde leben oder diese sich positiv entwickelnde Stadt besuchen, müssen an zentraler und wichtigster Stelle mit dem Leben, was hier errichtet wird: Ein sich in das Stadtbild einfügendes Leuchtturm-Projekt oder ein hochgeschossiges Bauwerk, das sich auch als Investitionsruine erweisen kann.“

Der KuH stehe nach wie vor dafür ein, dass sich eine städtische Diskussionskultur entwickeln müsse. Nur das Gespräch miteinander bringe gute und tragfähige Entscheidungen, die ein hohes Maß an Akzeptanz hätten. Dazu könne es sinnvoll sein, sich über Beispiele in anderen Städten zu informieren, wo dieses Prinzip gut klappe.

„Wesentliche Merkmale dieser Prozesse sind, dass die Entscheidungen auf der parteiunabhängigen Sachebene und nicht auf der irrationalen Ebene von Parteidisziplin getroffen werden“, so die Meinung des Kultur- und Heimatkreises.